

17. Wahlperiode

**Antrag
auf Annahme einer Entschließung**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

über **Wasserpreise senken – alle Wasserkunden wirkungsvoll entlasten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, sich über die Vertreter des Landes Berlin im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe AöR (BWB) dafür einzusetzen, dass

1. die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, um für das Jahr 2012 eine finanzielle Entlastung aller Wasserkunden in Höhe von pauschal insgesamt 60 Millionen Euro sicherzustellen. Die Entlastung wird mit den jeweiligen Abrechnungen 2013 erstattet und
2. die vorläufigen Tarife 2012 in 2013 nicht steigen werden und unabhängig vom weitergeführten Gerichtsverfahren gegen die Bundeskartellamtsverfügung die Wassertarife neu kalkuliert werden, um eine langfristig wirksame Wasserpreissenkung von mindestens 15 Prozent beim Frischwasser durchzusetzen. Soweit gesetzliche Anpassungen zur Kalkulation der Wassertarife notwendig sind, legt der Senat diese dem Abgeordnetenhaus zur Entscheidung vor.

Sollte die Neukalkulation der Wassertarife erst im Jahr 2014 wirksam werden können, erfolgt eine finanzielle Entlastung aller Wasserkunden für das Jahr 2013 in Höhe von pauschal insgesamt 60 Millionen Euro, die mit der Jahresabrechnung in 2014 erstattet werden.

3. Der Senat wird beauftragt, mit dem verbliebenen Partner Veolia die Grundlage der Zusammenarbeit neu zu verhandeln; Gewinngarantien für private Investoren sind auszuschließen. Im Zuge der Neustrukturierung bleiben die Tarifbindungen für die Mitarbeiter der Wasserbetriebe bestehen; auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2012 zu berichten.

Begründung:

Die Fraktionen von SPD und CDU haben sich dazu bekannt, im Interesse der Berliner Unternehmen, Haushalte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den tatsächlichen Einfluss des Landes Berlin auf das Unternehmen zu stärken, um dämpfend auf die Preise Einfluss zu nehmen und Investitionen sicherstellen zu können. Mit dem Rückkauf der RWE-Anteile wird dieser Anspruch aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt.

Seit vielen Jahren werden in Berlin die Wasserpreise als zu hoch kritisiert. Der erfolgreiche Wasser-Volksentscheid hat ebenfalls die Erwartung einer spürbaren Wasserpreissenkung verdeutlicht.

Im Zuge des Rückkaufs der RWE-Anteile durch das Land Berlin werden die Wasserpreise für alle Wasserkunden langfristig spürbar gesenkt. Der Senat und insbesondere seine Vertreter im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe sind aufgefordert, dies in ihrer Verantwortung und in den jeweiligen Gremien sicherzustellen.

Die beantragten Entlastungen sind laut Darstellung des Finanzsenators nach Erwerb der RWE-Anteile an den Wasserbetrieben aus den Ausschüttungen der neuen Anteile haushaltsneutral finanzierbar. Dennoch wird zunächst aus dem Unternehmen selbst, zum Beispiel durch die Änderung von Abschreibungsregeln, ein Beitrag zur Wasserpreissenkung erwartet. Einschnitte bei Mitarbeitern und betriebsbedingte Kündigungen zur Finanzierung der Wasserpreissenkung lehnen wir ab.

Für das Jahr 2012 und bis zur Neukalkulation der Wassertarife in 2013 erfolgt eine pauschale Entlastung aller Wasserkunden in Höhe von 60 Millionen Euro pro Kalenderjahr. Die Frischwassertarife werden um mindestens 15 Prozent gesenkt, die dafür notwendigen rechtlichen Anpassungen legt der Senat dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vor. Ferner wird der Senat beauftragt, in der neuen Gesellschafterstruktur mit dem verbliebenen Partner Veolia die Grundlage der Zusammenarbeit neu zu verhandeln.

Berlin, 17. Oktober 2012

Saleh Stroedter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Graf Melzer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU